

KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Johannes Saalfeld, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einordnung friedlicher Sitzblockaden als PMK-Links

und

ANTWORT

der Landesregierung

34 der insgesamt 190 im vergangenen Jahr im Phänomenbereich PMK-Links erfassten Straftaten waren nach Angaben des Ministeriums für Inneres und Sport Gewalttaten. Bei den verbleibenden 156 Delikten der PMK-Links habe es sich vor allem um Sachbeschädigungen, Diebstähle sowie um Verstöße gegen das Versammlungsgesetz gehandelt.

1. Um welche Straftaten handelte es sich bei den nicht als Gewalttaten eingestuften 156 Delikten genau?

Bei den 156 Delikten der Politisch motivierten Kriminalität-Links 2014, die nicht als Gewalttaten eingestuft wurden, handelt es sich um:

Anzahl	Delikt	Bezeichnung
74x	§ 303 Strafgesetzbuch	Sachbeschädigung
31x	§ 242 Strafgesetzbuch	Diebstahl
29x	Versammlungsgesetz	Verstoß Versammlungsgesetz
9x	§ 185 Strafgesetzbuch	Beleidigung
3x	§ 241 Strafgesetzbuch	Bedrohung
2x	§ 188 Strafgesetzbuch	Üble Nachrede und Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens
2x	§ 120 Strafgesetzbuch	Gefangenenerbefreiung

Anzahl	Delikt	Bezeichnung
3x	§ 86a Strafgesetzbuch	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen
1x	Vereinsgesetz	Verstoß Vereinsgesetz
1x	§ 145 Strafgesetzbuch	Missbrauch von Notrufen und Beeinträchtigung von Unfallverhütungs- und Nothilfemitteln
1x	§ 186 Strafgesetzbuch	Üble Nachrede

2. Um welche Verstöße gegen das Versammlungsgesetz handelte es sich im Einzelnen?

Bei den 29 Verstößen gegen das Versammlungsgesetz, die im Jahr 2014 als Politisch motivierte Kriminalität-Links registriert wurden, handelt es sich um Straftaten gemäß §§ 21, 26 und 27 Versammlungsgesetz.

3. Bei wie vielen Sitzblockaden gegen rechte und rechtsextreme Versammlungen wurden im vergangenen Jahr wie viele Verstöße gegen das Versammlungsgesetz festgestellt?

Im Rahmen der Erfassung Politisch motivierter Kriminalität wurden für das Jahr 2014 fünf Sitzblockaden gegen rechte Versammlungen registriert. Diese wurden als fünf Verstöße gemäß § 21 Versammlungsgesetz erfasst.

4. Auf welche Tatsachengrundlage stützt sich diese Einstufung als Verstoß gegen das Versammlungsgesetz im Einzelnen?

Diese Einstufung stützt sich auf das Vorliegen der Tatbestandsmerkmale des § 21 Versammlungsgesetz in jedem Einzelfall.

5. Wie bewertet die Landesregierung Forderungen nach einer Streichung der Straftatbestände aus dem Versammlungsgesetz?

Negativ. Das Versammlungsgesetz ist aus guten Gründen strafbewehrt. Die Strafbewehrung trägt dazu bei, dass Versammlungen in Deutschland heute ganz überwiegend friedlich verlaufen und tätlichen Auseinandersetzungen entgegengewirkt wird.